

Information für Pensionierte September 2026

Sektor Logistik und syndicom allgemein.

Die Zentrale verlangt alle bestehenden Rückstellungen aufzulösen. Daher fliessen 30'000.- Fr. aus der Streikreserve zum Kapital bis 2014.

In einer Mail von Matteo Antonini geht es um eine Investition in das Basler Gewerkschaftshaus. Die Sektion wurde angefragt, ob sie ein Darlehen gewähren kann. Die Sektion hat schon 260'000 Fr. der Zentrale geliehen. Weitere Darlehen liegen darum nicht drin.

Die Umfrage zum Gesamt-Arbeitsvertrag-Post läuft. Syndicom hat ein Antrag auf Verlängerung des bestehenden GAV eingereicht. Die Post wird wohl nicht darauf eingehen.

Planzer kündigt GAV auf Ende Jahr.

Änderung des Sektionsreglements: Abschaffung der Geschäftsprüfungskommission. Gemäss Mitteilung der Rechtsabteilung muss das Reglement nicht erst der Jahresversammlung vorgelegt werden, sondern kann direkt dem Zentralvorstand vorgelegt werden und muss von diesem abgesegnet werden.

Politik allgemein

Im Dezember wird die 13. AHV-Rente erstmals ausbezahlt. Zur Finanzierung soll die Mehrwertsteuer angehoben werden. Die Mehrwertsteuererhöhung um 0,4 Prozent ist ein Kompromiss welcher das Parlament beschlossen hat. Leider wurde der Vorschlag auch die Lohnbeiträge um 0,2 Prozent zu erhöhen vom Parlament abgelehnt. Der reduzierte Satz auf die Güter des täglichen Bedarfs wie zum Beispiel Lebensmittel, Zeitungen und Bücher wird nicht erhöht. Der Alltag ist also nicht betroffen. Erhöht wird der Satz auf Konsum- und Luxusgüter. Bei einem durchschnittlichen Einkommen von Fr. 5000.- zahlt man künftig ca. 70 Franken mehr. Dafür erhält man im Pensionsalter jedes Jahr 1800 Franken mehr Rente. Das ist ein super Preis-Leistungs-Verhältnis. Deshalb im November unbedingt Ja zur Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Nur 60 Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen stammen von privaten Konsument:innen. Oft wird vergessen, dass auch Immobilienbesitzer, Banken und Versicherungen die Mehrwertsteuer zahlen, sie diese aber nicht direkt weitergeben können. Rund zehn Prozent der Mehrwertsteuer zahlen zudem ausländische Tourist:innen in der Schweiz. Die AHV ist das solidarischste Sozialwerk der Schweiz. Auch UBS-Chef Ermotti erhält nicht mehr als die Maximalrente. Zahlt aber das x-fache davon in die AHV ein. Dank Erziehungs- und Betreuungsgutschriften sind die Frauen nicht benachteiligt. Selbst wenn die AHV über die Mehrwertsteuer finanziert wird, ergibt sich immer noch eine Umverteilung von oben nach unten.

Seit 2015 sind die Neurenten der 2. Säule real um 15 Prozent gesunken, obwohl die Pensionskassen über mehr als 14 Milliarden Franken an ungenutzten freien Mitteln verfügen.

Die Pensionskassen stehen finanziell sehr gut da und erzielen zwischen 2020 und 2025 eine kumulierte Rendite von fast 18 Prozent. Trotzdem haben sie ihre Leistungen gekürzt: Der Umwandlungssatz wurde innerhalb von zehn Jahren von 6.13 auf 5.26 Prozent gesenkt, und die Altersguthaben wurden über Jahre hinweg zu tief verzinst. Dieses Missverhältnis muss ein Ende haben.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund stellt deshalb drei konkrete Forderungen: Renten erhöhen – durch höhere Umwandlungssätze oder eine 13. PK-Rente. BVG-Mindestzins auf drei Prozent anheben – zwei Prozent ordentlicher Zins plus ein Prozent Nachholzins, um die in den vergangenen Jahren entstandene Lücke auszugleichen.

Versicherte mobilisieren – gemeinsam mit dem PK-Netz soll der SGB eine Informationskampagne lancieren. Sie soll die Versicherten von besonders geizigen Pensionskassen, etwa Swiss Life und Telco, dazu ermutigen, einen Wechsel einzufordern.

Während die unteren und mittleren verfügbaren Einkommen zwischen 2016 und 2025 leicht gesunken sind, haben die Bestbezahlten am Ende des Monats deutlich mehr zur Verfügung als noch 2016. Dabei haben Frauen nach wie vor ein deutlich geringeres Einkommen als Männer. Die Hälfte aller Frauen verdient weniger als 5'000 Franken, während die Hälfte der Männer weniger als 7'000 Franken verdient. Je höher die Einkommensklasse, desto grösser wird dieser Lohnunterschied. Damit das Ungleichgewicht bei der Lohnentwicklung korrigiert wird, braucht es eine Wende in der Lohnpolitik. Die unteren und mittleren Reallöhne müssen deutlich stärker steigen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass viele Arbeitgeber in den Lohnverhandlungen frühere Selbstverständlichkeiten wie den Teuerungsausgleich oder die Beteiligung der Arbeitnehmenden am Wirtschaftswachstum über Bord geworfen haben. Das braucht eine härtere gewerkschaftliche Antwort. Der automatische Teuerungsausgleich muss wieder selbstverständlich werden. Wer eine abgeschlossene Lehre hat, muss bei einem Vollzeitpensum mindestens 5'000 Franken pro Monat verdienen. Generell soll es in der Schweiz künftig keine Vollzeit-Löhne unter 4'500 Franken mehr geben. Auch in der Steuer- und Abgabepolitik braucht es eine Wende. Statt die Steuern weiter zu senken, sollen die Kantone die Krankenkassenprämien spürbar verbilligen – wie es das Volk mit dem 2026 in Kraft getretenen Gegenvorschlag zur Prämientlastungsinitiative beschlossen hat.

Im Februar 2022 marschiert das Putin-Regime völkerrechtswidrig in die Ukraine ein. Es ist eine Zäsur: Krieg wird in Europa wieder zur Realität. Als Reaktion verhängt die EU-Sanktionen gegen Russland – darunter ein Verbot von Waffenlieferungen und das Einfrieren von Vermögen russischer Oligarchen. Die Schweiz, als wichtigster Rohstoffhandelsplatz für russische Waren, übernimmt die Sanktionen nur wenig später. Ein bedeutender Schritt: Er soll verhindern, dass der Krieg über den Schweizer Finanzplatz mitfinanziert wird.

Nur zwei Wochen später kündigt SVP-Übervater Christoph Blocher die Neutralitätsinitiative an. Ihr Kern: Schweizer Sanktionen gegen das Putin-Regime sollen künftig verunmöglicht werden. Sanktionen wären nur noch dann zulässig, wenn sie vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen würden. Russland verfügt dort allerdings über ein Vetorecht. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Im Falle einer Annahme dieser Initiative sollten keine weiteren Sanktionen möglich sein, bestehende Sanktionen müssten sogar aufgehoben werden. Würde die Initiative

angenommen, verlöre die Schweiz jeden eigenständigen Handlungsspielraum bei künftigen Konflikten. Sanktionen gegen kriegführende oder autoritäre Regime wären nur noch möglich, wenn sich der UNO-Sicherheitsrat einig ist – was angesichts der Vetomacht Russlands, Chinas, USA etc. in den meisten Krisenfällen ausgeschlossen ist. Die Schweiz würde damit zum einzigen Land in Europa, das Oligarchen, Kriegsprofiteuren und autoritären Regimes wieder uneingeschränkten Zugang zum eigenen Finanzplatz gewährt.

Hans Preisig